

sen Dingen erst wieder zu einer überzeugenden Sprache finden, wenn sie sich eingesteht, eine irrende Kirche zu sein; wenn sie den Mut hat zuzugeben, daß ihr Herr ihr verheißen hat, sie in seiner Wahrheit zu erhalten, und sonst nichts, und daß sie, da irren menschlich ist und sie deshalb, obwohl gottgestiftete und sakramentale Wirklichkeit, täglich in allen möglichen Dingen irren und sich daneben benehmen kann, wie Menschen eben in allen möglichen Dingen irren können. Eine Kirche, die dazu steht, daß sie eine irrende Kirche ist, braucht ihre Irrtümer weder zu verstecken noch wegzureden noch umständlich zu erklären. Sie kann im Zugeben des Irrs Souveränität, Identität, „Selbstwertgefühl“ als *Glaubende* zurückgewinnen. se

## Verstörungen

### *Die Berliner Demonstration und das öffentliche Echo darauf*

An die 300 bis 350 000 waren am zweiten Novembersonntag in Berlin zusammengekommen, um unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen gewalttätige Übergriffe auf Asylsuchende zu demonstrieren.

Es war eine *Demonstration von ganz besonderem Zuschnitt*. Von der Zahl her: Selbst die Friedensbewegung in ihren heißesten Zeiten der Antinachrüstungskampagnen konnte nicht so viel Volk mobilisieren. Wegen der Initiatoren und Veranstalter: Es war – am Ausgangspunkt – keine spontane Bürgeraktion, sondern dazu aufgerufen haben politische Instanzen, an der Spitze die Berliner Parlamentspräsidentin und der Regierende Bürgermeister. Die politische Führung der Republik selbst wollte demonstrieren; der Bundespräsident übernahm die Schirmherrschaft. Durch die Zusammensetzung der Demonstranten: Politiker, Wirtschaftsführer, Künstler, Schauspieler, die Repräsentanten des Staates und der gesellschaftlichen Eliten wollten vorangehen, der Abwehrwille des ganzen demokratischen

Deutschlands sollte dem In- und Ausland vor Augen führen: Das wiedervereinigte Deutschland ist kein ausländerfeindliches Land, es bekennt sich uneingeschränkt zu den Menschenrechten für jedermann – trotz aller Debatten um das Asylrecht – und weiß sich gegen aufkommende rechtsradikale und rassistische Strömungen zu wehren.

Und doch war es keine Politiker- oder Großkopfeten-Demonstration, auch kein Aufmarsch der politischen Parteien, sondern eine *Volksdemonstration* von unerwartetem Ausmaß. Freund und Feind fand sich zusammen. So mancher mußte vor gegnerischen Parolen und Transparenten hermarschieren, die gar nicht in seinem Sinne waren; um so beachtlicher war es, daß alle einwandfrei demokratischen Kräfte – von bayerischen Ausnahmen abgesehen – sich in der Lage zeigten, ihren tagespolitischen Streit wenigstens für Stunden hintanzustellen, ohne ihn zu verdrängen.

Die Demonstration wurde gestört: massiv und an empfindlicher Stelle. Der Bundespräsident selbst mußte von einem zu spät gebildeten Kordon schildbewehrter Polizisten gegen Eier- und Steinewerfer geschützt werden und kam als einziger vorgesehener Redner erst mühsam und mit Verzögerung zu Wort. Daß es Unmutsäußerungen geben würde auch unter Demonstranten gegen Politiker, gegen den Bundeskanzler, war in einem Klima allgemeiner Aversionen gegen Politiker zu erwarten gewesen. Aber daß der Bundespräsident, die höchste Autorität im Staat und als Person und Institution die personifizierte Überparteilichkeit, zum Angriffsziel von Gewalttätern wurde, damit erhielt die Störung eine neue, verwirrende Qualität. Und das besonders Verwirrende: die gewalttätigen Störer kamen nicht aus der rechtsradikalen Ecke. Es waren keine Neonazis, die den Bundespräsidenten bedrohten und den Bundeskanzler attackierten; es waren keine Skins, die als Schlägertrupps aufmarschierten, sondern die gewalttätigen Störer kamen von ganz links, aus der autonomen Szene. Und die Frage, ob die Polizei nicht rechtzeitiger und fle-

xibler auf mögliche Zwischenfälle sich hätte einstellen können und ob die Veranstalter angesichts der bekanntgewordenen Hinweise auf Absichten möglicher Störer nicht zu naiv gewesen seien, kam hinzu.

Durfte man sich da wundern, wenn die Verwirrung angesichts des Unvorhergesehenen und Ungewöhnlichen auch auf die *Berichterstattung und Kommentierung der Medien* voll durchschlug und damit ein Bild der Berliner Ereignisse entstand, das mit dem Gesamtvorgang nichts mehr zu tun hatte? Dennoch: Mußte es sein, daß via Fernsehen der Eindruck entstand, die Aktion der Störer sei in Berlin die Hauptsache, die Demonstration der 300 000 nur friedliche und „leider gescheiterte“ Nebensache gewesen? Und daß dieses Bild von den Printmedien tags darauf fast ohne Korrektur nachgezeichnet wurde? Schon in der ARD-Übertragung begannen die Verstörungen: Wer spät zuschaltete, mußte den Eindruck gewinnen, in Berlin sei der Staat zusammengebrochen, alles sei kaputtgegangen und das vereinte Deutschland befinde sich wieder in der Endzeit der Weimarer Republik. Das hinderte die Übertrager aber nicht daran, einen offensichtlichen Vertreter der Störerszene minutenlang ebenso wortreich wie verlegen erklären zu lassen, warum man den „öffentlichen Heuchlern“ die Maske vom Gesicht reißen müsse und warum nichts anderes übrig bliebe, als sich der angewandten Methoden zu bedienen. Im gleichen Atemzug wurde über das „häßliche Bild von Deutschland“ geklagt, das nun um die Welt gehe, nachdem man selbst kräftig dazu beigetragen hatte, dieses Bild zu transportieren – ohne den geringsten Versuch, die wahren Proportionen wiederherzustellen oder dem Betrachter in Deutschland und anderswo auch nur zu erklären, wer da aus welchen Motiven aus welcher Richtung und zu welchen Zwecken gewaltsam wurde.

Natürlich wissen wir alle: Gewalt paßt ins Bild. *Walter Jens* hat recht: „Das Gewalttätigste ist das Medienstärkste.“ Aber das entbindet Bild- und erst recht Printmedien nicht vom Prinzip der *Verhältnismäßigkeit*. Freilich: Me-

dien sind, indem sie Bilder und Meinungen transportieren, nicht nur je nachdem Verstärker oder Verzerrer von Ereignissen und Meinungen über Ereignisse, sondern auch Spiegel öffentlicher Aufregungen. Gewiß war die Störung der Berliner Demonstration keine Petitesse. Aber vielleicht tun wir gut daran, in Rechnung zu stellen, daß solche Vorgänge als Kehrseite eines freien Staatswesens immer passieren können und daß darüber die Welt nicht untergeht, wenn die Öffentlichkeit sich nicht aus dem Konzept bringen läßt und Gesetzgeber, Polizei und Gerichte das Ihrige tun. se

## Mißtrauen

### Gezerre zwischen Rom und regionalen Bischofsversammlungen

Als einzige Überraschung der Eröffnungsansprache Johannes Pauls II. zur Vierten Generalversammlung des lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM) in Santo Domingo (vgl. ds. Heft, S. 562) werteten Beobachter den Vorschlag des Papstes, Vertreter der Episkopate des ganzen amerikanischen Kontinents „in nicht ferner Zukunft“ zu einer Begegnung zusammenzurufen, die auch „synodalen Charakter“ haben könnte – „um die Zusammenarbeit unter den verschiedenen Einzelkirchen in den verschiedenen Bereichen der seelsorglichen Arbeit zu steigern“. Im weiteren Verlauf der Konferenz von Santo Domingo spielte dieser Vorschlag des Papstes keine sonderliche Rolle mehr – dennoch verdient er es, gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der zurückliegenden Konferenz noch einmal aufgegriffen und in einen breiteren kirchlichen Kontext gestellt zu werden.

Der Vorschlag des Papstes wurde in Santo Domingo im allgemeinen *mit eher gemischten Gefühlen* aufgenommen. Gegen eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Episkopaten Nordamerikas an sich hat selbstredend niemand etwas einzuwenden. Im Gegen-

teil. Kardinal *Paulo Evaristo Arns* sieht z. B., so sagte er es auf einer Pressekonferenz in Santo Domingo, in einem solchen panamerikanischen Treffen durchaus die Möglichkeit zu einer Rückenstärkung der lateinamerikanischen Bischöfe durch ihre Mitbrüder aus den Vereinigten Staaten und Kanada. Im übrigen dürften die Sensibilitäten zwischen den einen und den anderen gar nicht so weit auseinanderliegen, bedenkt man, daß gerade die US-amerikanischen Bischöfe von der gesellschaftskritischen Haltung lateinamerikanischer Bischöfe in der Vergangenheit viel gelernt und dies auch auf die Situation ihres Landes zu übertragen versucht haben. Gemeinsame, auch politisch brisante Themen für eine solche Konferenz gäbe es im übrigen zuhauf: von den Wanderungsströmen von Süd nach Nord und deren Folgewirkungen in den Herkunftsländern wie auch in der US-amerikanischen Gesellschaft über die von Nord nach Süd operierenden protestantischen Sekten bis hin zu Fragen des Verhältnisses von Nord- und Südamerika auf Gebieten wie Wirtschaft, Rauschgiftkriminalität u. a.

Wenn man in Santo Domingo dennoch eher reserviert blieb, dann deshalb, weil sich eben doch der Verdacht hielt, mit einer solchen panamerikanischen Bischofsversammlung solle die spezifische lateinamerikanische Kirchenerfahrung innerhalb des größeren Kontextes *neutralisiert* werden und – schlimmer noch – Rom habe im Rahmen einer regionalen Bischofssynode ganz Amerikas noch weiterreichende Zugriffs- und Beeinflussungsmöglichkeiten, als es sie bereits im Rahmen der CELAM-Vollversammlung für sich in Anspruch nahm (vgl. *Le Monde*, 14. 10. 92). Man munkelte bereits, die Versammlung von Santo Domingo könnte gar die letzte dieser Art sein.

Daß lateinamerikanische Befürchtungen in dieser Hinsicht alles andere als aus der Luft gegriffen sind, zeigt sich im übrigen auch im Zusammenhang mit anderen Versuchen, auf regionaler Ebene Bischöfe und Episkopate miteinander ins Gespräch zu bringen. Anstelle der Sonderversammlung der Bischofssynode für *Europa*, die im

Dezember 1991 stattfand (vgl. *HK*, Februar 1992, 65 ff.), hätte man sich zumindest ebensogut eine vom Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE; Präsident: der Mailänder Erzbischof Kardinal *Carlo Maria Martini*) veranstaltete Versammlung vorstellen können, an der man im Vatikan jedoch nicht interessiert war. Bis heute scheint Rom die Vorstellung nicht aufgegeben zu haben, eine Struktur ins Leben zu rufen, die – enger an den Apostolischen Stuhl gebunden, als ein Organ wie der CCEE es ist – an den von der Synode angestoßenen Themen weiterarbeitet.

Und dieses Phänomen setzt sich fort bei der Vorbereitung der seit langem angekündigten *Sondersynode für Afrika*. Auch anderthalb Jahre nach Veröffentlichung der „Lineamenta“, des ersten thematischen Vorbereitungspapiers (vgl. *HK*, September 1990, 407 ff.), trifft das Projekt weiterhin auf erhebliche Vorbehalte und – nicht zuletzt hervorgerufen durch die Erfahrungen bei der Vorbereitung – auf Befürchtungen bzw. schlichtes Desinteresse in den afrikanischen Ortskirchen. Wenn schon Synode – und kein *Konzil*, wie man es sich zunächst gewünscht hatte –, dann aber wenigstens eine *afrikanische Synode*, die diesen Namen auch wirklich verdient hat, und keine römische Bischofssynode „für“ Afrika, so wird in Afrika argumentiert (vgl. *Échos Synode Africain*, No. 9, octobre-décembre 1992).

Ob in Lateinamerika, Europa oder Afrika – das Problem ist überall dasselbe: Der Apostolische Stuhl versucht unter allen Umständen, sich auf der einen Seite maximale Einwirkungsmöglichkeiten bei regionalen Bischofsversammlungen zu sichern, und ist auf der anderen Seite bemüht, Einfluß und Stellung der bestehenden regionalen Zusammenschlüsse CELAM, CCEE und SECAM (für Afrika) zurückzudrängen. In den entsprechenden Ortskirchen wird dies in vielen Fällen als ein *Mißtrauen* empfunden, das so gar nicht passen will zu den päpstlichen Bekenntnissen zu *Subsidiarität* auf anderen Gebieten und vor allem nicht